

20.3.2019

Sehr geehrte Mitglieder des Stadtrats Bonn,

der FDP- Kreisverband hat am 7.3. 2019 einen Antrag an den Bonner Stadtrat beschlossen:

„Antisemitischer Hetze und Gewalt im weltoffenen Bonn keinen Raum geben“.

Der Antrag bezeichnet Aktivitäten der BDS-Bewegung als „antisemitisch“, sieht sich aber nicht genötigt, diesen schwerwiegenden Vorwurf zu beweisen. Der renommierte Antisemitismusexperte Prof. Wolfgang Benz ist kein Befürworter von BDS, [verneint aber ausdrücklich](#), dass die BDS-Bewegung als antisemitisch einzuordnen sei.

Die Unterstellung der FDP Bonn, die auf Ignoranz und Unkenntnis basiert, verleumdet viele unserer israelischen und jüdischen Mitstreiter_innen weltweit. Wir unterstützen als Organisation, die Teil der EJJP (*European Jews for a Just Peace*) ist und ebenso wie die USA-Organisation *Jewish Voice for Peace*, den BDS-Aufruf der palästinensischen Zivilgesellschaft. Hält die FDP Bonn diese fortschrittlichen jüdischen Organisationen mit Tausenden Mitgliedern für antisemitisch? Diese implizite Unterstellung verurteilen wir aufs Schärfste als grobe Diffamierung der palästinensischen Zivilgesellschaft und als Verharmlosung der deutschen Verbrechen an den Juden und Jüdinnen, obwohl die FDP Bonn gleichzeitig von einer „historischen Verantwortung“ spricht.

Eine Boykottkampagne gilt als gewaltlose Möglichkeit einer demokratischen Bürgergesellschaft, Einfluss auf eine Politik zu nehmen, die sich nicht in der Lage sieht, den Konflikt zu lösen. Es ist kein Geheimnis, dass Israel, das sich seit seiner Gründung im Ausnahmezustand befindet, das Völkerrecht mit Füßen tritt, die Weltgemeinschaft dagegen aber so wenig tut, dass die Besatzung seit mehr als 50 Jahren besteht. Diese Politik Israels ist derart inakzeptabel, dass sogar deutsche Politiker wie Helmut Schmidt, Richard von Weizsäcker und viele andere internationale Politiker_innen von Rang, Schriftsteller_innen und Philosophen zu Sanktionen gegen Israel aufrufen, um seine Besatzungs- und Siedlungspolitik zu stoppen. Hält die FDP Bonn Helmut Schmidt und Richard von Weizsäcker für Antisemiten?

Die völkerrechtswidrige Besatzungspolitik durch Israel ist auch für viele israelische Mitbürger_innen nicht hinnehmbar. So initiierte die israelische „Frauenkoalition für Frieden“

das Projekt „*Who Profits*“ (Wer profitiert). Hier werden Informationen über israelische und internationale Firmen gesammelt, die von der Besetzung profitieren. Das Ziel der Organisation ist es, einen Stopp von Investitionen in den besetzten Gebieten zu erreichen und gezielte Boykotte gegen ihre Verbrechen zu ermöglichen. Sind diese israelischen Frauen nach Auffassung der FDP Bonn auch antisemitisch?

Das Grundgesetz in Art. 5 sowie das europäische Recht respektieren und schützen die freie Meinungsäußerung. Dazu gehören auch Boykottaufrufe, wie das Bundesverfassungsgericht bereits in seinem sog. Lüth-Urteil 15. 1. 1958 entschieden hat (*Az. 1 BvR 400/51, BVerfGE 7, 198 – Lüth*).

Wir fordern die Mitglieder des Stadtrats Bonn auf, dies zu respektieren und repressive Maßnahmen gegen die demokratische Grundordnung in Bonn zu verhindern. Als jüdische Menschen in Deutschland sehen wir eine besondere Gefahr in der Kriminalisierung der gewaltfreien und anti-rassistischen BDS-Bewegung und die damit einhergehende Einschränkung der politischen Meinungsfreiheit. Im Namen des Kampfes gegen Antisemitismus ein Verbot von BDS zu fordern, betrachten wir als zynisch und als eine fatale Störung des friedlichen Zusammenlebens aller Religionen und Ethnien in der Bundesrepublik.

Mit freundlichen Grüßen

Iris Hefets

Vorsitzende der Jüdischen Stimme